



Fraktion im
Deutschen Bundestag

Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

22. März 2019



Deutsch-Französisches Parlamentsabkommen beschlossen



Der Deutsche Bundestag hat am Mittwoch mit großer Mehrheit das Deutsch-Französische Parlamentsabkommen beschlossen. Damit ist der Weg frei für die neue Deutsch-Französische parlamentarische Versammlung. Bereits am 11. März 2019 hatte die französische Nationalversammlung das Parlamentsabkommen mit breiter Zustimmung angenommen. 56 Jahre nach Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, 56 Jahre nach dem Élysée-Vertrag, der den Grundstein für die deutsch-französische Freundschaft gelegt hat, heben wir mit diesem Parlamentsabkommen unsere Partnerschaft auf eine neue Stufe. Der Élysée-Vertrag ist genauso wie der erneuerte Aachener Vertrag ein Regierungsvertrag. Diese Verträge sind ein Glücksfall. Sie haben uns Frieden, sie haben uns Freundschaft, sie haben uns Aussöhnung und Austausch gebracht. Im Kern ist unsere Partnerschaft aber die Freundschaft unserer beiden Völker. Wir sind die Volksvertretung. Deshalb ist es nur konsequent, dass wir jetzt mit dem Parlamentsabkommen diese starke parlamentarische Basis schaffen, die parlamentarische Antwort auf den Élysée-Vertrag geben. Herzstück des Parlamentsabkommens ist die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung. Sie soll die Zusammenarbeit des

Bundestages und der Nationalversammlung institutionalisieren. Am kommenden Montag, den 25. März 2019 wird sich die Versammlung in Paris konstituieren. Dort treffen dann die 50 deutschen Abgeordneten und 50 französischen Abgeordneten erstmals zusammen. Co-Vorsitzende der Versammlung sollen die französische Abgeordnete Sabine Thillaye und der Bundestagsabgeordnete **Andreas Jung** werden.

Renten steigen erneut



Von **Peter Weiß MdB** (Wahlkreis Emmendingen-Lahr)

Eine gute Nachricht für die Rentnerinnen und Rentner in unserem Land: Auch in diesem Jahr werden die Renten dank der soliden Politik der von Angela Merkel geführten Bundesregierung spürbar steigen. Zum 1. Juli werden die Renten im Westen um fast 3,2 Prozent und im Osten sogar um mehr als 3,9 Prozent erhöht. Die Rentenangleichung in Ostdeutschland schreitet ebenfalls weiter wie geplant voran. Wieder zeigt sich, dass die Rentenversicherung auf einer sehr soliden Basis steht. Auch weil die Zahl der Beitragszahler nicht zuletzt wegen der guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik von CDU und CSU weiter zugenommen hat, können die Renten auch in diesem Jahr deutlich steigen. Eine gute Nachricht ist es auch, dass das Rentenniveau mit künftig 48,16 Prozent gegenüber dem Vorjahr sogar leicht ansteigen wird.

Debatte zur Grundsteuer



In dieser Woche wurde die Grundsteuer erstmalig seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem letzten Jahr im Deutschen Bundestag debattiert. Zur Abstimmung wurden sowohl ein Antrag der AfD zur Abschaffung der Grundsteuer als auch ein Antrag der FDP zur Entbürokratisierung der Grundsteuer gestellt. Zum Antrag der AfD fand **Andreas Jung MdB** (Wahlkreis Konstanz) deutliche Worte: „Ihr Vorschlag würde den Bundeshaushalt 14 Milliarden Euro kosten. Das haben Sie hier mit keinem Wort erwähnt. Deshalb ist das, was Sie gemacht haben, nicht billiger Populismus, sondern teurer Populismus“. Er sprach sich dabei deutlich für den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung aus: „Das, was Ihre Frak-

tion beschlossen hat, würde heißen: Die Kommunen wären in diesem Prozess nur noch Zuwendungsempfänger und nicht mehr aktiver Akteur. Das wollen wir nicht. Wir setzen auf die Kommunen; wir setzen auf Selbstverwaltung. Stellen Sie doch einfach Ihr Gerede von „Basisdemokratie“ ein, wenn Sie in dieser Weise mit unseren Kommunen umgehen!“.

Zum Thema Entbürokratisierung stellte Andreas Jung noch einmal das Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dar, die eine aufkommensneutrale, einfache und nachvollziehbare Reform anstrebt. In diesem Kontext habe die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit den Ländern schon viel erreicht, indem aus dem ursprünglichen Modell des BMF bereits die tatsächlichen Mieten und damit die Vorlage von Millionen von Mietverträgen vom Tisch sei. Die Reform müsse sich dem unterordnen, was im Koalitionsvertrag gemeinsam verabredet wurde, betonte Jung. Dazu zählen bezahlbares Wohnen und Anreize für den Wohnungsneubau. Seine Erwartung an die Bundesregierung ist nun ein zeitnahes Ergebnis zur Planungssicherheit aller Beteiligten. Das gelte für die politischen Akteure, das gelte aber insbesondere für Kommunen und Bürger, die erwarten, dass hier eine gute Lösung erarbeitet wird. Abschließend wies Andreas Jung noch darauf hin, dass es mit der CDU/CSU keine Abschaffung der Umlagefähigkeit der Grundsteuer geben wird. Durch die Grundsteuer wird die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger einer Kommune an deren Infrastruktur, wie z. B. Bibliotheken, Schwimmbäder, kommunalen Einrichtungen, erhoben. Daher ist die Umlage sachgerecht. Mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werde es keine Umwidmung der bisherigen Grundsteuer zu einer Vermögensteuer durch die Hintertür geben.

Bundeswehrmandate verlängert



Am Donnerstagnachmittag hat der Deutsche Bundestag eine Reihe von Bundeswehrmandaten um jeweils ein Jahr verlängert. Als Teil der UN-Einsätze in der westsudanesischen Provinz Darfur (UNAMID) sowie im Südsudan (UNMISS) sollen weiterhin jeweils bis zu 50 Soldaten die Zivilbevölkerung schützen, humanitäre Hilfe ermöglichen und den Versöhnungs- und Friedensprozess unterstützen. Auch der NATO-geführte Unterstützungs- und Ausbildungseinsatz „Resolute Support“ läuft ein weiteres Jahr: Hier sollen die nationalen afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte ausgebildet, beraten und unterstützt werden, damit diese ihrer Sicherheitsverantwortung nachkommen können. Und auch im Mittelmeer läuft auch zukünftig die NATO-geführte maritime Sicherheitsoperation „Sea Guardian“. Ziel ist es, den Seeraum zu überwachen, Lagebilder auszutauschen und den Terrorismus sowie den Waffenschmuggel zu bekämpfen.

Roderich Kiesewetter MdB (Wahlkreis Aalen-Heidenheim) machte in der Debatte deutlich, dass es im Sinne klassischer Sicherheitsvorsorge ist, auch auf eine mögliche Lageverschärfung vorbereitet zu sein. Deshalb sollte diese Mission nicht leichtfertig aus der Hand gegeben werden, sondern weiterhin als Plattform für gemeinsam organisierte Sicherheit mit Partnern im Mittelmeerraum dienen.

Unsere Wälder für künftige Generationen erhalten



Deutschland ist ein starkes Waldland. Dies gilt besonders für Baden-Württemberg - auf über einem Drittel seiner Fläche wachsen Bäume. Unsere Wälder sind als unverzichtbare Natur-, Wirtschafts- und Erholungsräume existenziell, prägen das Gesicht vieler Regionen und geben Heimat. Nach den erheblichen Dürre- und Sturmschäden im vergangenen Jahr steht der Wald vor großen Herausforderungen, berichtet **Alois Gerig MdB** (Wahlkreis Odenwald-Tauber): „Für 2019 muss befürchtet werden, dass sich der Borkenkäfer weiter ausbreitet und sich die Marktlage nochmals verschlechtert. Es besteht die Gefahr, dass viele Waldbesitzer die Pflege und Bewirtschaftung ihrer Wälder aufgeben. Dies kann langfristig die Holzversorgung unserer Volkswirtschaft und die notwendige Anpassung unserer Wälder an den Klimawandel gefährden.“

Die Koalition hat bereits gehandelt: Über die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) werden vom Bund für einen Zeitraum von fünf Jahren zusätzliche 25 Mio. Euro für den Waldschutz bereitgestellt. Die CDU/CSU wird mit den Betroffenen im Gespräch bleiben und sich für weitere Hilfen einsetzen. Besonders Kleinwaldbesitzer brauchen Unterstützung, damit unsere Wälder auch in Zukunft neben der Holzproduktion auch Gemeinwohlleistungen erbringen können. Der Internationale Tag der Wälder hat eine wichtige Botschaft: Wir müssen uns darum kümmern, dass der Wald auch für zukünftige Generationen seine vielfältigen und wichtigen Aufgaben erfüllen kann. Unsere Wälder haben nicht nur eine herausragende Bedeutung für die Tier- und Pflanzenwelt und laden zu Erholung und Freizeit ein. Der Cluster Forst und Holz erwirtschaftet mit 1,1 Millionen Beschäftigten einen Umsatz von rund 180 Milliarden Euro pro Jahr. Ziel muss es sein, diesen besonders für den ländlichen Raum wichtigen Wirtschaftszweig mit Holz aus heimischen Wäldern zu sichern“.

Bundestag beschließt Stiftungsgesetz „Forum Recht“



Der Deutsche Bundestag hat am heutigen Freitag das Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Forum Recht“ mit Sitz in Karlsruhe und einem Standort in Leipzig mit großer Mehrheit beschlossen. In einem auf Bürgerbeteiligung angelegten Informations-, Dokumentations- und Kommunikationszentrum vor Ort – ähnlich dem des Hauses der Geschichte in Bonn – sowie

im virtuellen Raum werden aktuelle Fragen von Recht und Rechtsstaat als Grundvoraussetzung einer funktionsfähigen und lebendigen Demokratie erlebbar gemacht. Der zuständige Berichterstatter im Rechtsausschuss und direkt gewählte CDU-Bundestagsabgeordnete aus Karlsruhe, **Ingo Wellenreuther MdB**, sprach dazu im Plenum des Deutschen Bundestages.

„Heute ist ein guter Tag für Deutschland, ein guter Tag für den Rechtsstaat und ein guter Tag für Karlsruhe. Jetzt wird wahr, was in Karlsruhe seinen Ursprung nahm und wofür viele in Karlsruhe seit Jahren gearbeitet haben“, so Wellenreuther. „Das Parlamentsprojekt „Forum Recht“ mit Sitz in Karlsruhe wird das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat fördern. Das heute beschlossene Stiftungsgesetz bringt die Umsetzung des Projekts einen wichtigen Schritt voran und gibt der Stiftung „Forum Recht“ einen guten rechtlichen Rahmen, um zügig die Organe einzurichten und die Arbeit aufzunehmen“, erläutert Wellenreuther in seiner Rede im Deutschen Bundestag.

„Nirgendwo besser als in Karlsruhe, der „Residenz des Rechts“ und der Wiege der Demokratie, konnte der Sitz des „Forum Recht“ gewählt werden. Durch einen bedeutenden Bau mit besonderer architektonischer Gestaltung auf dem Gelände des Bundesgerichtshofes wird das „Forum Recht“ in Karlsruhe ein weiteres Symbol für den Rechtsstaat und die Demokratie werden. Wichtig ist hierfür die erteilte Finanzierungszusage, damit die Gebäude in Karlsruhe für 70 Millionen und in Leipzig für 45 Millionen errichtet werden können und die gesetzliche Absicherung der jeweiligen laufenden Kosten“, so Wellenreuther abschließend.

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundes-tag.de/mediathek.

Weitere Informationen finden Sie unter



Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie auf der [Website der CDU-Landesgruppe](#).

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

[E-Mail](#)
[Website](#)

Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag).

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[Newsletter abonnieren](#)